

## Solidarisch mit den Streikenden

**Der DGB fordert in einer Resolution die politisch Verantwortlichen in den Kommunen auf, Sozial- und Erziehungsberufe aufzuwerten und die Beschäftigten deutlich besser zu bezahlen.**

**Kita-Streik.** Die Anforderungen an die Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsberufen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das muss sich im Geldbeutel niederschlagen, fordern die Gewerkschaften ver.di und GEW. In der aktuellen Tarifrunde verlangen sie eine bessere Eingruppierung. Den Beschäftigten würde das im Schnitt rund zehn Prozent mehr Gehalt bringen (*einblick 5/2015*). Beim Streik in den Kindertagesstätten geht es auch um die Zukunft der Kinder. Die Eltern wollen keine Verwahranstalten, sondern eine hochwertige Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte, die angemessen bezahlt werden. Die Mehrheit der Bevölkerung (63%) hat denn auch Verständnis für den unbefristeten Streik der Kita-Beschäftigten, so eine YouGov-Umfrage.

Auch der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften stehen hinter den Forderungen von ver.di und GEW und haben dazu eine Resolution verabschiedet. Eine höhere Eingruppierung der Beschäftigten im Erziehungs- und Sozialbereich wäre zudem „auch ein Schritt zur Entgeltgleichheit sowie ein Baustein zur weiterreichenden gesellschaftlichen Aufwertung“, heißt es in dem Papier. Denn bislang ist die überwiegende Zahl der Beschäftigten in diesen Berufen weiblich. Auch die Bundesregierung muss handeln. Sie hat sich schließlich im Koalitionsvertrag verpflichtet, die Entgeltgleichheit voran zu bringen und die Arbeit in der Pflege, Betreuung und frühkindlicher Bildung aufzuwerten.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind nicht nur solidarisch in der aktuellen Tarifaueinandersetzung, sie werben auch in den Betrieben um Verständnis, wenn Eltern aufgrund der Streiks ihre Kinder selbst versorgen müssen. Die Betriebs- und Personalräte aller Branchen „begleiten die laufenden Verhandlungen unterstützend“, heißt es in der Resolution. Die IG BAU hatte auf der Sitzung ihres Gewerkschaftsbeirates erklärt: „Wir wissen, dass ihr euch die Entscheidung für diesen Streik nicht leicht gemacht habt.“ Und: „Ihr habt das verdient, was ihr fordert.“ •

! [www.dgb.de/-/900](http://www.dgb.de/-/900)



### • INHALT

- 3 Jubiläum**  
25 Jahre DGB im Osten
- 6 Crowdfunding**  
Großer Handlungsbedarf
- 7 Arbeit der Zukunft**  
Der Mensch im Mittelpunkt

## Kandidat für Menschenrechte

**FIFA.** Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hofft auf einen neuen Präsidenten beim Weltfußballverband, der Arbeitnehmerrechte achtet und Korruption verhindert. Die unhaltbaren Zustände in Katar waren der Anlass für die heftige öffentliche Kritik am amtierenden Präsidenten Sepp Blatter. Jetzt hat die FIFA die Chance, bei der Präsidentenwahl am 29. Mai auch eine neue Politik zu wählen. Der IGB hat die Kandidaten befragt, wie sie zur Wahrung der Menschenrechte und zur Bekämpfung der Korruption stehen – nachzulesen sind die Antworten im Internet. Der IGB ruft dazu auf, per Mail an die zuständigen nationalen Fußballverbände zu appellieren, die richtige Wahl zu treffen. •

! [www.safefifa.org](http://www.safefifa.org)

### • PLUS/MINUS

**+** „Die kalte Progression ist eine Gerechtigkeitslücke“, mahnt der Präsident des Bundes der Steuerzahler **Reiner Holzengel**. Es sei „falsch“, von einer Steuersenkung zu sprechen, wenn es darum gehe, sie abzuschaffen.

**-** Beim Thema Mindestlohn sei „noch nichts fix und nichts geklärt“, versichert CSU-Generalsekretär **Andreas Scheuer**. Der Bayer will weiter vermeintliche Bürokratie abbauen und meint, „die SPD wäre gut beraten, konstruktiv mitzuarbeiten“.

### • IM NETZ

[www.soziale-berufe-aufwerten.de](http://www.soziale-berufe-aufwerten.de)  
[www.gew.de/Streikinfos](http://www.gew.de/Streikinfos)  
Die Seiten von ver.di und GEW mit aktuellen Informationen zum Kita-Streik

# Auf der Überholspur

**Infrastruktur.** Kaum hatte der Bundeswirtschaftsminister Ende April die Ergebnisse der Expertenkommission entgegengenommen, die Vorschläge für eine wirksame Investitionsstrategie entwickeln sollte, da legten seine Kabinettskollegen aus dem Verkehrs- und aus dem Finanzministerium schon fertige Pläne auf den Tisch. „Eine neue Generation“ von Projekten in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) präsentierte Alexander Dobrindt (CSU) und Wolfgang Schäuble (CDU).

ÖPP-Projekte sehen die Gewerkschaften grundsätzlich kritisch. Bereits im Abschlussbericht der Kommission formulierten sie ihre abweichende Meinung zur Einrichtung eines Infrastrukturfinanzierungsfonds. Er sollte, so die Auffassung der Gewerkschaften, auf jeden Fall vollständig in öffentlichem Besitz bleiben

(*einblick 8/2015*). Nun sind Dobrindt und Schäuble vorgeprescht: Sie wollen „frisches, privates Kapital für Investitionen in große Straßenbauprojekte“ einsammeln. Institutionelle Anleger, also Versicherungen oder Banken, sollen die zehn ersten Projekte mitfinanzieren. Es geht um 600 Kilometer Autobahn, für die der Bund 14 Milliarden Euro bereitstellt. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte noch davon gesprochen, die Kommissionsvorschläge genau zu prüfen.

Der DGB bleibt bei seiner Haltung: Öffentliche Infrastruktur muss vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden. Deshalb sind Änderungen bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer notwendig, um die Einnahmen zu verbessern. ●

! [www.dgb.de/-/9tc](http://www.dgb.de/-/9tc)

## Lob und Kritik

**Vergaberecht.** Das Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums für die Reform des Vergaberechts muss aus Sicht des DGB noch an einigen Punkten überarbeitet werden. So fehlt eine Regelung, die sicherstellt, dass die länderspezifischen Mindestlöhne, die teilweise über den jetzt gesetzlichen 8,50 Euro pro Stunde liegen, auch weiterhin gelten. Ebenso gibt es noch Änderungswünsche bei den Vorgaben zu Unteraufträgen an Subunternehmer. Positiv bewertet der DGB in seinem Positionspapier, dass die Vergabe sozialer Dienstleistungen besser geregelt ist. Neben dem Eckpunktepapier gibt es jetzt auch einen ersten Referentenentwurf, den der DGB in einer Stellungnahme kritisch unter die Lupe nehmen wird. ●

## — ● DATEN UND FAKTEN —

**Wahlbeteiligung als soziale Frage: Nicht einmal die Hälfte der Bremer Wahlberechtigten ging am 10. Mai zur Urne (49,8 %).** Die Wahl im Stadtstaat war im doppelten Sinne eine Bildungswahl. Zum einen gehörte das Thema Bildung zu den wahlentscheidenden Themen, zum anderen waren es vor allem Menschen aus sozialen Brennpunkten mit eher niedrigem Bildungsstand, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten. „Wähler, die in prekären Stadtteilen mit starker Armutsentwicklung leben, haben sich vom Wählen weitgehend abgekoppelt, sind politisch, kulturell und sozial nicht mehr integriert in die Mehrheitsgesellschaft“, erklärte der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst im Deutschlandfunk. Er sieht die Gefahr, dass die Wahlbeteiligung künftig weiter sinkt.

### Ursachen der Politikverdrossenheit

Gründe der NichtwählerInnen bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 2015 (in Prozent)



Quelle: Infratest dimap

© DGB einblick 10/15

## Umfangreiche Datensammlung

**Mindestlohn.** Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Mindestlöhne in den 26 OECD-Staaten analysiert, die eine entsprechende gesetzliche Regelung haben. Das umfangreiche Zahlenmaterial zeigt nicht nur die großen Unterschiede in der Höhe. Auch die Steuer- und Abgabebelastung wurde berechnet, oder wie viele

Stunden die Menschen arbeiten müssen, um mit ihrem Mindestlohn über die Armutsgrenze zu kommen. Entscheidend ist, so die OECD, dass die Regierungen die Lohnhöhe entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung „regelmäßig anpassen“. In vielen Ländern liegt der Nettomindestlohn noch unter der Armutsgrenze. ●

! [www.bit.ly/Mindestlohn\\_Analyse](http://www.bit.ly/Mindestlohn_Analyse)

## — ● TELEGRAMM —

**China** war im vergangenen Jahr der größte ausländische Investor in Deutschland. Mit 190 Investitionen überholte das Land die USA, die 168 Projekte realisierte, und die Schweiz mit 130. Das zeigt eine Studie von Germany Trade & Invest, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurde. Insgesamt investierten ausländische Unternehmen in 1199 Projekte, vornehmlich in den Bereichen Unternehmens- und Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnik.

## Arme Kinder in einem reichen Land

Die sinkende Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht auf die Armutsquote der unter 15-Jährigen aus. Das Armutsrisiko von Minderjährigen liegt seit 2005 unverändert bei fast 20 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy in einer neuen Analyse. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt die Konsequenz, dass die Bundesregierung „dringend gegensteuern“

muss. „Kein Kind soll dauerhaft in einer Familie ohne Perspektive auf Arbeit aufwachsen müssen“, betont Buntenbach. Wie dringend Änderungen sind, zeigt auch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.

! [www.dgb.de/-/9fk](http://www.dgb.de/-/9fk)

! [www.bit.ly/Studie\\_Kinderarmut](http://www.bit.ly/Studie_Kinderarmut)

## Mehr Geld vom Bund

**Kommunen.** Der Bund will für Städte und Gemeinden zusätzliche Fördermittel für Investitionen bereitstellen und die Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen erhöhen. Diese Vorhaben haben die Sachverständigen bei der Anhörung zum dazu geplanten Gesetz im Haushaltsausschuss ausdrücklich gelobt. Doch ausreichend seien die versprochenen 3,5 Milliarden Euro für Investitionen nicht, so die ExpertInnen. Der Koalitionsvertrag sei aber immerhin der „kommunalfreundlichste“, den es bisher gegeben habe, meint Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der Bundesrat freut sich ebenfalls über die Hilfe aus Berlin, hält die Höhe der Bundesmittel angesichts der anstehenden Aufgaben aber auch für nicht ausreichend. Der Bund müsse eher die kommunalen Haushalte „strukturell“ verbessern und eine bessere Finanzausstattung dauerhaft ermöglichen. Die Länder wünschen sich auch ein „unbürokratisches“ Verfahren für den Abruf der Mittel. ●

# Von Glücksrittern und Aufbauhelfern

Seit 25 Jahren gibt es den DGB in Ostdeutschland. GewerkschafterInnen berichten, wie sie den Neuaufbau erlebt haben.



**Eva-Maria Stange, 58, ist sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Sie berichtet, wie sie die Zusammenarbeit zwischen West- und OstgewerkschafterInnen erlebt hat.**

„Beim Aufbau der GEW in Sachsen haben uns vor allem die Landesverbände aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg geholfen. Bis heute bin ich den KollegInnen dankbar, dass sie uns nicht ihre Arbeitsweise aufzwingen wollten. Vielmehr hieß es: ‚Ihr müsst selber wissen, was für euch gut ist.‘ Sie haben etwa gezeigt, wie Mitgliedsbeiträge eingezogen werden können. Die föderale Struktur innerhalb der GEW ermöglichte es den Ost-Landesverbänden, einen eigenen Weg zu gehen. Während die Westverbände sich auch stark in der Bildungspolitik engagieren, stehen im Osten vor allem bessere Arbeitsbedingungen im Fokus.“



**Ingo Schlüter, 55, ist stellvertretender Vorsitzender im DGB-Bezirk Nord. Er war ab 1991 DGB-Jugendsekretär in Mecklenburg-Vorpommern und gilt als „Miterfinder“ der Schweriner Jobparade, die von 1998 bis 2005 jährlich stattfand.**

„Die DDR ist 1989 einen politischen Sekundentod gestorben. Die Deindustrialisierung hat unsere Region hart getroffen, der gesellschaftliche Umbruch war gravierend. Das Abtauchen der alten Autoritäten wie etwa Polizisten und Lehrer hat unter anderem dazu geführt, dass sich viele Jugendliche nach rechts orientiert haben. Um dem bedrückenden Lehrstellenmangel etwas entgegenzusetzen und den jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einen gewerkschaftlichen Raum für Protest zu bieten, haben meine Kollegin Lianne Straka und ich 1998 die Schweriner Jobparade am 1. Mai ins Leben gerufen. Der jahrelange Erfolg mit bis zu 40 000 BesucherInnen, vielen Promis und Liveübertragungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat uns selbst überrascht.“



**Jutta Schmidt, 70, war 1989 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Vertrauensfrau am Institut für Halbleiterphysik (Frankfurt / Oder). Sie schildert, welche Hoffnungen sie als betriebliche Arbeitnehmervertreterin hatte.**

„Für uns war damals die zentrale Frage: Mit welchem Profil kann unser Institut bestehen? Wie viele Arbeitsplätze können erhalten bleiben? Der FDGB hatte jegliches Vertrauen verspielt. Nach der Wende

haben wir sofort Kontakt zum DGB aufgenommen, ab Januar 1990 zur GEW und im Februar zur ÖTV. Wir brauchten Unterstützung beim Aufbau freier Arbeitnehmervertretungen und Kenntnisse über die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik. Ich habe mich im Neuen Forum für Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt. Vieles aus der DDR wurde schnell in Grund und Boden gestampft, manches wäre mit Änderungen erhaltenswert gewesen. Ich genieße heute die erkämpften Freiheiten. Trotzdem bleibt für Gewerkschaften noch viel zu tun. Arbeitnehmerrechte müssen nach wie vor erkämpft und verteidigt werden.“



**Peter Deutschland, 70, war ab 1992 erster Landesvorsitzender des DGB Mecklenburg-Vorpommern. Für seine Verdienste beim Aufbau des DGB im Osten hat er das Bundesverdienstkreuz erhalten.**

„Direkt nach der Wende gab es erste Kontakte zwischen DGB und FDGB in Norddeutschland. Anfänglich gab es überall große Euphorie, und unsere Arbeit wurde unterstützt. Nachdem die ersten westdeutschen ‚Glücksritter‘ erste Betriebe geplündert hatten, wurden die Menschen skeptischer. Wir West-Gewerkschafter mussten deutlich machen, dass wir mit Haut und Haaren für die ArbeitnehmerInnen kämpfen. Zudem traten auch an anderer Stelle kulturelle Unterschiede zu Tage. Viele Menschen waren staatliche Rundumversorgung gewohnt. Im DGB und in seinen Mitgliedsgegewerkschaften kommt es aber darauf an, sich selbst einzubringen und mitzumachen. Das war Vielen zu Beginn fremd.“



**Nicole Wagner, 33, ist Organisationssekretärin bei der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen. Für sie spielt der Unterschied zwischen Ost und West keine Rolle mehr.**

„Aus meiner Sicht macht es heute keinen Unterschied mehr, ob man als Gewerkschafterin oder Gewerkschafter aus Hamburg oder Leipzig kommt. Wir wollen etwas zusammen erreichen, darauf kommt es an. Allerdings habe ich manchmal den Eindruck, dass die Menschen im Osten den Gewerkschaften distanzierter gegenüber stehen. Da spielen die Erfahrungen mit den Strukturen in der DDR eine Rolle. Thematisch beschäftigt uns unter anderem der Kampf gegen Rechts: Legida verlagert momentan den Protest aus Leipzig auf die Dörfer. Wir als DGB werden auch im ländlichen Raum dagegen halten.“ ●

## Umbruch und Einheit

**Festakt.** Die Delegierten des 14. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses haben im Mai 1990 den Grundstein für eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung unter dem Dach-DGB gelegt. Mit einem Festakt am 20. Mai in Erfurt erinnert der DGB zum 25-jährigen Jubiläum an den gewerkschaftlichen Neuaufbau in Ostdeutschland. Neben dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann werden VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erwartet.

Der gewerkschaftliche Aufbruch in den neuen Bundesländern wird auch Thema einer wissenschaftlichen Tagung am 12. und 13. November sein. Unter dem Motto „Einheit und Transformation“ lädt die Hans-Böckler-Stiftung nach Berlin ein. Unter anderem diskutieren ExpertInnen aus Geschichtswissenschaft und Gewerkschaften den historischen Forschungsstand zu den Themen Tarifpolitik, Mitbestimmung und Treuhand. ●

## — ● BUCHTIPP —

**Detlev Brunner, Christian Hall: Revolution, Umbruch, Neuaufbau – Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR, be.bra Wissenschaft Verlag, 144 Seiten, 19,95 Euro** Die Demokratiebewegung in der DDR wurde von tausenden Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen unterstützt. In dem Buch „Revolution, Umbruch, Neuaufbau“ kommen gewerkschaftliche Zeitzeugen zu Wort. 15 GewerkschafterInnen schildern, wie sie die Wendezeit in ihrer damaligen beruflichen Situation erlebt haben. Das Buch ist in der Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung erschienen.

# Fairness und Menschenrechte

**Videowettbewerb.** Die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist seit jeher Ziel der Gewerkschaften. Dazu gehört auch der Einsatz gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Die IG Metall prämiert anlässlich ihres 125-jährigen Jubiläums im kommenden Jahr Videos, die das Motto „125 Jahre IG-Metall-Geschichte – 125 Jahre Fairness und Menschenrechte“ widerspiegeln. 1891 konstituierte sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die wichtigste Vorläuferorganisation der IG Metall.

Organisiert wird der Wettbewerb gemeinsam mit der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“. Bis zum 5. Juli 2015 können HobbyfilmerInnen und RegisseurInnen ab 16 Jahre – als Einzelperson oder Gruppe – ihre filmischen Beiträge einreichen. Die Kurzfilme sollten eine Länge von maximal 125 Sekunden haben. Ab 20. Juli werden die besten 20 Videos in einer öffentlichen Abstimmung im Internet ermittelt.



Die eingereichten Videos sollen die Geschichte der IG Metall und die Werte, für die sie steht, thematisieren.

Eine Jury wählt schließlich aus diesen 20 Beiträgen den Gewinnerfilm aus, der bei der Preisverleihung am 16. September prämiert wird. Der Preis ist mit 1000 Euro dotiert. ●

! [www.bit.ly/Video\\_125Jahre](http://www.bit.ly/Video_125Jahre)

## Ausbeutung als Geschäftsmodell

Europäische ArbeitnehmerInnen werden in Deutschland in einigen Branchen systematisch ausgebeutet. Eine neue Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, in welchen Bereichen grundlegende soziale Rechte für mobile Beschäftigte nicht gelten. Autorin Carmen Molitor beschreibt in „Geschäftsmodell Ausbeutung: Wenn europäische ArbeitnehmerInnen in Deutschland um ihre Rechte betrogen werden“, wie das systematische Lohn- und Sozialdumping funktioniert – in der

Transport- und Logistikbranche, im Pflegebereich und in der Schlachtindustrie. MitarbeiterInnen des DGB-Projekts „Faire Mobilität“ schildern Fälle aus ihrer Beratungspraxis. Carmen Molitor beschreibt detailliert, was sich zum Schutz der Beschäftigten ändern müsste. Dabei greift die Autorin gewerkschaftliche Forderungen auf wie bessere Kontrollen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften und ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.

! [www.bit.ly/Modell\\_Ausbeutung](http://www.bit.ly/Modell_Ausbeutung)

## Stiftung hilft Kindern

**Ausbildungsbeihilfen.** 84 Waisenkinder hat die August-Schmidt-Stiftung der IG BCE im Jahr 2014 mit Ausbildungsbeihilfen in einer Gesamthöhe von knapp 150 000 Euro unterstützt. Diese Hilfe gibt es für Kinder, deren Eltern als Beschäftigte im Organisationsbereich der IG BCE während der Arbeit tödlich verunglückt beziehungsweise an den Unfallfolgen oder an einer Berufskrankheit verstorben sind. Die August-Schmidt-Stiftung wurde 1962 gegründet. Anlass war das Grubenunglück im Februar 1962 auf der Schachtanlage Luisenthal im Saarland, bei dem 299 Bergleute ums Leben kamen. Sie hinterließen 365 Halbweisen. ●

! [www.august-schmidt-stiftung.de](http://www.august-schmidt-stiftung.de)

## Frauen bei der Arbeit

**Wandkalender.** ver.di gibt für das Jahr 2016 erstmals einen Frauenkalender heraus. Im letzten Jahr hatte der Bundesfrauenrat unter dem Motto „Ein Bild von einer Frau“ aufgefordert, Bilder von arbeitenden Frauen einzuschicken. Eine Jury wählte die 13 besten Bilder aus. Sie zeigen auf ganz unterschiedliche Weise, wie der Arbeitsalltag von Frauen aussieht. Den Wandkalender, der offiziell während des ver.di-Bundeskongresses im September in Leipzig vorgestellt wird, können Mitglieder bei den ver.di-Bezirken bis zum 31. Mai zum Stückpreis von 9,80 Euro bestellen. ●

## Schnell informiert

**Lohnsteuerhilfe.** Was gilt es, bei der Steuererklärung zu beachten? Hilfestellung bietet der DGB mit seiner aktualisierten Broschüre „Lohnsteuer Grundbegriffe 2015“ – von „A“ wie Altersentlastungsbetrag bis „Z“ wie zumutbare Belastungen. In der Neuauflage wurden alle Gesetzesänderungen berücksichtigt (Kosten: 1 Euro plus Versand). ●

! [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

### ● BUCHTIPP



**Hans-Jürgen Arlt, Rainer Zech: Arbeit und Muße. Ein Plädoyer für den Abschied vom Arbeitskult,** Springer Fachmedien 2015, 41 Seiten, 9,99 Euro, E-Book: 4,99 Euro, [www.bit.ly/arbeit\\_musse](http://www.bit.ly/arbeit_musse)

Ein dünnes Bändchen, das es in sich hat: Mit ihren Thesen stellen die beiden Autoren eine auf Arbeit fokussierte Gesellschaft infrage. Arbeit ist notwendig für die Existenzsicherung und stiftet Sinn, gleichzeitig ist sie Kostenfaktor der Wirt-

schaft. Auf Dauer funktioniert diese Doppelbindung nicht. Die Autoren gehen dem Wandel in der Bewertung von Arbeit und von Muße im Laufe der Geschichte nach und plädieren für die „Befreiung von der“ und „in der Arbeit“.

### ● INTERREGIO

Nikolaus Landgraf, Bezirksvorsitzender des **DGB Baden-Württemberg**, dringt darauf, offene Fragen zum **Bildungsurlaub** im Bundesland schnell zu klären. Das „Bildungszeitgesetz“ wurde im März im Landtag verabschiedet. Der DGB-Baden-Württemberg setzt sich weiter dafür ein, dass Ausnahmeregelungen für Kleinbetriebe gekippt werden.

Der **DGB Niedersachsen – Sachsen-Anhalt – Bremen** fordert vom Land Niedersachsen, einen öffentlichen Beschäftigungssektor für **Langzeitarbeitslose** zu schaffen, um ihnen eine Jobperspektive zu geben. „Sie könnten bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auf freiwilliger Basis zu tariflichen Bedingungen beschäftigt werden“, erklärt der Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle. Davon profitiere jeder Langzeitarbeitslose, und es nutze auch der Gesellschaft.

! [www.niedersachsen.dgb.del/-/90t](http://www.niedersachsen.dgb.del/-/90t)

Der **DGB Nord** und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland haben ein **Bündnis gegen Rechtspopulismus, Hass, Rassismus und rechtsextremistische Gewalt** verabredet. Gemeinsam wollen sie sich noch stärker für Gerechtigkeit, sozialen Frieden, demokratische Teilhabe und eine Willkommenskultur gegenüber Fremden einsetzen.

# DGB fordert Aufklärung

**Neonazi-Attacke.** Nach dem Überfall von rund 50 Neonazis auf die Maikundgebung des DGB in Erfurt hat sich Gabriele Kailing, Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, in einem Offenen Brief an die thüringische Landesregierung und die Landtagsfraktionen gewandt. Darin begrüßt sie die schnelle Einleitung von Ermittlungsverfahren, wirft aber auch die Frage auf, wie es zu dem Überfall kommen konnte, ohne dass die Polizei darauf vorbereitet war. Dem DGB Thüringen hätten zuvor schriftliche Zusagen vorgelegen, dass die 1. Mai-

Veranstaltungen „unter besonderem Schutz stehen“. Kailing stellt in dem Brief in Frage, „ob die personelle Ausstattung der Polizei in Thüringen einen angemessenen Schutz unserer 1. Mai-Veranstaltungen überhaupt noch zulässt“. Sie erwarte, dass die Beobachtung der rechten Szene kritisch überprüft werde. Die Weiterentwicklung des Landesprogramms gegen Rechts und Bestandsgarantien für Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt seien „wichtige und richtige Schritte“, so Kailing. ●

## Bund in der Pflicht

**T-Mobile US.** Die Deutsche Telekom AG soll sich auch im Ausland an die ILO-Kernarbeitsnormen und die OECD-Richtlinien halten und ihre ArbeitnehmerInnen fair, anständig und mit Respekt behandeln. Das wollen ver.di und die US-Gewerkschaft CWA mit einer Petition an den Bundestag erreichen. Nach wie vor befinden sich über 30 Prozent der Anteile an der Deutschen Telekom AG im Besitz des Bundes. Telekom-Tochter T-Mobile US verletzt seit Jahren internationale Arbeitsstandards. Beschäftigten wird ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit verwehrt. Wer sich für Arbeitnehmerrechte einsetzt, dem drohen Mobbing oder sogar die Kündigung. ●

www.bit.ly/t-mobile\_us

## IM BLICKPUNKT



Foto: Heiko Stumpe

**Gedenken an Nazi-Opfer. Anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus riefen die Gewerkschaften an vielen Orten zum Gedenken auf.** So nahmen über 1000 Menschen, mehr als die Hälfte aus der IG Metall-Jugend, an der Gedenkveranstaltung der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im ehemaligen KZ Bergen-Belsen teil. Die beiden Überlebenden des Holocaust, Michael Gelber, 80 (Foto vorn links) und Sally Perel, 90 (Mitte, Autor des Buchs „Ich war Hitlerjunge Salomon“) schilderten den Terror während der Nazi-Zeit. Lisa Hartinger (2. von rechts) und Felina Bodner (rechts), Jugendvertreterinnen von Salzgitter Flachstahl und VW, machten eindringlich klar, welche Bedeutung die Begegnung mit Zeitzeugen und die Gedenkstättenarbeit der Gewerkschaftsjugend für sie persönlich hat und welche Verantwortung gerade die Jugend für eine bunte und wehrhafte demokratische Gesellschaft hat. www.bit.ly/igm\_bergen-belsen

## Mehrheit pro UAW

**VW USA.** Die US-Autogewerkschaft UAW hat jetzt 55 Prozent der ArbeiterInnen im VW-Werk in Chattanooga als Mitglieder gewonnen und strebt Tarifverhandlungen mit dem Unternehmen an. Insgesamt seien 816 Beschäftigte beigetreten, teilte die Gewerkschaft den zuständigen Behörden mit. Im vergangenen Jahr hatte die UAW Gewerkschaftswahlen bei VW nach einer massiven Kampagne der Anti-Gewerkschaftslobby knapp verloren. In einem „Vision Statement“ drängt die UAW nun darauf, endlich auch einen Betriebsrat nach deutschem Modell in dem US-Werk zu installieren. ●

## Aus für Bildungsstätte

**Bildung.** Die gewerkschaftliche Bildungsstätte Lage-Hörste wird nach 61 Jahren geschlossen. Das hat der Gewerkschaftsrat von ver.di beschlossen. Das höchste Gremium der Dienstleistungsgewerkschaft hatte zuvor dem Verein der „Freunde und Förderer der Bildungsstätte Lage-Hörste“ eine Frist von acht Wochen eingeräumt, um mindestens 1,5 der für Sanierungen notwendigen 3,5 Millionen Euro aufzubringen (einblick 8/15). Der Verein hatte zahlreiche Initiativen entwickelt, um den Weiterbetrieb des Hauses zu sichern, innerhalb kurzer Zeit waren rund 230 000 Euro an Spenden eingegangen. ●

## Eine Million Unterschriften

**Finanztransaktionssteuer.** Gemeinsam mit weiteren Vertretern des Netzwerks „Steuer gegen Armut“ hat DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell im Bundesfinanzministerium eine Million Unterschriften für die zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer übergeben. Auch in Paris, Madrid, Rom, Lissabon, Brüssel und London gab es anlässlich des Treffens der EU-Finanzminister ähnliche Aktionen. Dem 2009 gestarteten Netzwerk gehören mittlerweile 98 Organisationen an, darunter kirchliche Organisationen, Umweltverbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien. ●

## KURZ & BÜNDIG

**EVG** Mit einer Postkartenaktion an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel fordert die EVG einen Kurswechsel und ein Spitzengespräch in Sachen Bahnpolitik. Die Schiene dürfe nicht länger benachteiligt werden. Energiewende und eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes könnten nur mit mehr Bahn erreicht werden.

**IG BAU** verleiht dem Ehepaar Birgit und Horst Lohmeyer aus dem mecklenburg-vorpommerschen Dorf Jamel den Georg-Leber-Preis für Zivilcourage. Von den zehn Häusern des Dorfes werden sieben von Rechtsradikalen bewohnt, die Jamel zum nationalsozialistischen Musterdorf machen wollen. Das Ehepaar hat das ehrenamtlich organisierte Rock-gegen-Rechts-Festival „Jamel rockt den Förster“ ins Leben gerufen und zeigt, dass sie sich weder vertreiben noch einschüchtern lassen.

**IG Metall** Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus hat die IG Metall die Bundesregierung aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verstärken. Eine nachhaltige Bekämpfung könne nur durch eine entschlossene Politik und eine starke demokratische Zivilgesellschaft sichergestellt werden, heißt es in der Erklärung der IG Metall.

**NGG** NGG-Vize Claus-Harald Güster hat die Arbeitgeber des Bäckerhandwerkes am „Tag des Brotes“ aufgefordert, die Attraktivität der Branche gemeinsam mit der NGG durch gute Tarifverträge, höhere Löhne und faire Arbeits- und Ausbildungsbedingungen weiter zu verbessern. „Wirklich gute Lebensmittel werden in Guter Arbeit hergestellt und verkauft. Und das heißt, dass für alle Beschäftigten faire Tarifverträge gelten müssen.“

**ver.di** ver.di fordert mehr Mitsprache für Gewerkschaften und Unternehmensverbände bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. In der Arbeitsverwaltung müssten alle Chancen genutzt werden, „um eine starke sozialpartnerschaftliche Selbstverwaltung in die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik einzubinden“, so Eva M. Welskop-Deffaa vom ver.di-Bundesvorstand.

## Die Zeit ist reif

### Positiver Effekt

**Niedriglohn.** Die Zahl der tariflichen Vergütungsgruppen, in denen Stundenlöhne unter 8,50 Euro gezahlt werden, ist seit 2010 deutlich zurückgegangen. Das ergibt eine aktuelle Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Das WSI-Tarifarchiv hat rund 4560 Vergütungsgruppen aus 40 Branchen untersucht. Im Januar 2015 sahen nur sechs Prozent davon Stundenlöhne von weniger als 8,50 Euro vor. Ende 2013 lag der Anteil noch bei zehn Prozent. „Die positive Entwicklung zeigt, dass die Gewerkschaften die Situation im Niedriglohnsektor aus eigener Kraft deutlich verbessert haben“, sagt Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Dabei habe der gesetzliche Mindestlohn geholfen, da er den Druck auf die Arbeitgeberverbände erhöht habe. ●

### Billiglohn-Strategie

**Post.** Die Auseinandersetzung zwischen ver.di und der Deutschen Post AG spitzt sich zu. Die Gewerkschaft wirft dem früheren Staatsunternehmen vor, statt „Schutz und Perspektive“ den Beschäftigten „mehr Unsicherheit“ anzubieten. ver.di kritisiert den „fortgesetzten Vertragsbruch“: Ab 2016 soll es keinen Schutz mehr vor Fremdvergabe geben. Lohndumping durch Outsourcing sei offensichtlich die Arbeitgeberlinie. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin, Andrea Kocsis hält die Strategie des Unternehmens für gefährlich: Die Post wolle die Voraussetzungen schaffen, „den Konzern mittelfristig in Billiggesellschaften zu zerlegen“. Auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann warnt vor dieser Entwicklung. Die Post „kopiere die Billiglohn-Strategie der ausländischen Konkurrenten. Dies sei „gesellschaftlich unverantwortlich“. ●

**Arbeit der Zukunft.** Für die Gewerkschaften ist die Gestaltung der künftigen Arbeitswelt kein Neuland. Seit langem setzen sie sich mit Chancen und Risiken von Digitalisierung und Globalisierung für die Beschäftigten auseinander. Jetzt ist das Thema im Mainstream angekommen. Ging es vor noch nicht allzu langer Zeit bei der Debatte über die Herausforderungen der Digitalisierung vor allem um Technik, um Wettbewerbschancen oder um Start-up-Unternehmen, steht mittlerweile das Thema Arbeit insgesamt im Fokus. Und wegen der positiven Erfahrungen mit betrieblicher Mitbestimmung bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Gewerkschaften beteiligt. Ob bei der Ausschreibung des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung für ein Forschungsprojekt zur Arbeit in der digitalisierten Welt oder bei der Plattform Arbeit 4.0 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – die DGB-Gewerkschaften konnten ihre Vorstellungen einbringen.

Die Arbeitsbedingungen im digitalen Zeitalter sollen auch Thema des nächsten Treffens der Sozialpartner mit der Bundesregierung am 4. Juni in Meseberg sein. „Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken und gute Arbeit für die Beschäftigten zu erreichen, müssen wir Antworten darauf finden, wie beispielsweise künftig Qualifikationsanforderungen erfüllt und Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen gestaltet werden können“, heißt es in der Einladung. ●

## Gute Arbeit für die Crowd

**Online-Beratung.** Auf zahlreichen Portalen im Internet können sich Clickworker um Aufträge bewerben. Den Zuschlag erhalten meist diejenigen mit den geringsten Lohnforderungen. Oft geht es darum, Internetseiten zu testen oder Produktbeschreibungen für Onlineshops zu formulieren. Mit einer neuen Beratungsplattform will die IG Metall diese digitalen Solo-Selbstständigen unterstützen. Auf der Homepage können sie die Vermittlungsplattformen bewerten, für die sie arbeiten. Die IG Metall hat auch einen Ratgeber für Solo-Selbstständige veröffentlicht und ein Servicetelefon eingerichtet. Dort können sich Crowdworker von ExpertInnen beraten lassen. „Nationale Arbeitsgesetze, Tarifverträge und Lohnregelungen können durch Crowdsourcing-Plattformen umgangen werden“, sagt Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall. Um dieser Entwicklung frühzeitig entgegen zu wirken, habe die IG Metall die Plattform freigeschaltet. „Wir machen das, weil es unser Ziel ist, Crowdworking gemeinsam mit den Beschäftigten zu gestalten“, so Wetzel. ●

! [www.faircrowdwork.org](http://www.faircrowdwork.org)

### Crowdworking: USA Vorreiter

Anzahl der erfassten Clickworker in ausgewählten Crowdworking-Portalen

Portal	Marktfokus	Clickworker
CrowdFlower	USA, Kanada, Australien	3 000 000
Mechanical Turk	USA, Kanada, Australien	500 000
clickworker	Deutschland, USA	500 000
streetspotr	Europa	200 000
crowdsourcing	USA, Kanada, Australien	150 000
WorkHub	Deutschland	100 000
crowdguru	Deutschland	6 000
Greatcontent	Europa, USA, Australien	5 000*
Textprovider	Deutschland, UK, Niederlande	1 500*

\* TexterInnen, AutorInnen  
Quelle: Bitkom 2014  
© DGB einblick 10/15

Eine Variante des Crowdworking ist das Microtasking. Dabei schreibt eine Firma ein Projekt aus, das in viele kleine Aufträge aufgeteilt an unterschiedliche Clickworker vergeben wird. Größter Anbieter für Microtasking-Dienste ist nach eigenen Angaben CrowdFlower mit rund drei Millionen angemeldeten Clickworkern.

### ● TERMINE, TIPPS & LINKS

Um Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung in der Arbeitswelt auszuloten, lädt das Bundesministerium für Bildung und Forschung am 28. und 29. Mai zur Fachtagung **Arbeit in der digitalisierten Welt** nach Berlin ein. Zu den geladenen ExpertInnen gehört auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.  
! [www.tagung-arbeitsforschung.de](http://www.tagung-arbeitsforschung.de)

Der Wandel in der Arbeitswelt ist am 3. November zentrales Thema eines DGB-Kongresses in Berlin. Unter dem Motto **Arbeitswelt 4.0 – der Digitalisierungskongress des DGB** diskutieren ExpertInnen aus Gewerk-

schaften, Politik und Gesellschaft, unter anderem Arbeitsministerin Andrea Nahles, wie die digitale Revolution in der Arbeitswelt gestaltet werden kann.  
! [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

Das **Grünbuch Arbeiten 4.0**, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, skizziert die Herausforderungen und Handlungsfelder der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter. Es soll Diskussionsgrundlage sein für den Dialog über die Gestaltungschancen von Politik, Unternehmen, Sozialpartnern und Beschäftigten. Ende 2016 soll der Dialog mit einem

Weißbuch **Arbeiten 4.0** abgeschlossen werden, das konkrete Handlungsoptionen zeigen soll.

Download Grünbuch:  
! [www.bit.ly/bmas\\_gruebu](http://www.bit.ly/bmas_gruebu)

Dialog-Plattform:  
! [www.arbeitenviernull.de](http://www.arbeitenviernull.de)

Das IT-Portal der IG Metall liefert wichtige Informationen und Fakten zur Digitalisierung in der Arbeitswelt:  
! [www.itk-igmetall.de](http://www.itk-igmetall.de)

ver.di-Plattform zu den Themen Digitalisierung, Innovationen und Gute Arbeit:  
! [www.innovation-gute-arbeit.verdi.de](http://www.innovation-gute-arbeit.verdi.de)

# Der Mensch im Mittelpunkt

Alle reden derzeit über die Arbeit der Zukunft. Nicht nur die Gewerkschaften, auch Politik und Wirtschaft. Claudia Bogedan erklärt, welche Rolle die Kommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung in der Debatte einnimmt.

## Was wollt ihr mit der Kommission erreichen?

■ Arbeit ist wieder Thema. Die Arbeitsforschung findet wieder Gehör, über die Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt wird breit diskutiert. Aus gutem Grund: Wir stehen vor einer wirklichen Zeitenwende. Die Digitalisierung verändert nicht nur die Arbeit selbst, sondern wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Die Belegschaften sind heute weiblicher, älter und bunter als zuvor. Sie tragen ihre unterschiedlichen Ansprüche an Arbeit in die Betriebe. Darum haben wir die Expertenkommission eingerichtet: Sie soll die Wechselwirkungen und Querverbindungen der verschiedenen Gestaltungsebenen unserer Arbeitswelt untersuchen und zusammenbringen, was an ganz unterschiedlichen Orten diskutiert wird. Am Ende soll eine Perspektive stehen, die den Menschen tatsächlich in den Mittelpunkt rückt und die Ansprüche der Beschäftigten zum Ausgangspunkt für die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen macht.

## Ihr verfolgt also einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Entwicklungen von der Digitalisierung über die Globalisierung bis zum demografischen Wandel zusammenfasst?

■ Genau das unterscheidet uns von anderen Gremien. Die Expertenkommission zur Arbeit 4.0 des Bundesarbeitsministeriums hat vor allem im Blick, was im Regulierungsbereich des Ministeriums liegt – etwa die Arbeitszeitgesetzgebung. Die IG-Metall-Kommission zur Industrie 4.0 schaut sich vorrangig die Folgen der neuen Welle der Automatisierung an. Für die Beschäftigten sind alle diese Aspekte wichtig: Sie müssen unterschiedlichen Ansprüchen, Erwartungshaltungen und Veränderungen gerecht werden und sich selbst in der Arbeit neu erfinden. Wir wollen das, was der Einzelne dabei leisten muss, mit der Arbeit der Kommission so sichtbar machen, dass es kollektiv bearbeitet werden kann. Es geht also um Fragen der Regulierung und um die arbeits- und betriebspolitische Gestaltung in der konkreten Arbeitssituation. Wir wollen verhindern, dass das Individuum diese „Ausgestaltungslasten“ allein tragen muss.

## Was bedeutet das für die Gewerkschaften?

■ Wir werden mit der Kommission Gestaltungsoptionen auf allen Ebenen entwickeln – von Brüssel bis zum einzelnen Betrieb. Die Sicherung der Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene gehört ebenso dazu wie die Unterstützung von gesicherter Flexibilität durch Betriebsvereinbarungen oder die Umsetzung guter Unternehmensführung durch Arbeitsdirektoren.

## Gerade ist das von dir und Reiner Hoffmann herausgegebene Buch „Arbeit der Zukunft“

## erschienen. Welche Rolle spielt das Buch für euer Vorhaben?

■ Das Buch ist ein Teil der Vorarbeiten für die Kommission. Es versucht, die gesamte Bandbreite des Themas einzufangen: von der Regulierung auf EU-Ebene bis hin zu Fragen der Personalführung, der Arbeitsorganisation und des Interessenausgleichs im Betrieb. Die Ansprüche der Beschäftigten spielen natürlich eine ganz wichtige Rolle, sei es bei der Bildung, der Familien- und Reproduktionsarbeit und bei neuen Zeitregimen.

## Liefert das Buch Lösungen?

■ Nein (lacht). Wenn wir schon alle Antworten hätten, bräuchten wir die Kommission nicht. Das Buch bietet eine Bestandsaufnahme der Lösungsansätze in allen relevanten Fragen. Dort soll die Kommission ansetzen, um in den kommenden zwei Jahren neue Antworten zu finden und Gestaltungsimpulse zu liefern.

## Was leistet die Hans-Böckler-Stiftung in diesem Zusammenhang?

■ Wir haben in den vergangenen Monaten die Arbeit der Stiftung neu sortiert und zwei Kernthemen definiert: gute Arbeit als zentrale Wohlstandsquelle und Mitbestimmung als demokratisches Gestaltungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Diese Kernfragen sind der Kompass auch für die Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung: Wir ermitteln den Erkenntnisbedarf in den Gewerkschaften und übersetzen ihn in Forschungsfragen, danach führen wir die Ergebnisse mit anderen Erkenntnissen zusammen. Ziel ist es, das Orientierungswissen für gewerkschaftliche Akteure und für Mitbestimmungspraktiker zu erweitern – und unsere Analysen auch der Politik zur Verfügung zu stellen. Unsere wissenschaftliche Zuarbeit für die Expertenkommission funktioniert ganz ähnlich: Wir heben die Schätze aus den von uns geförderten Forschungsprojekten und stellen sie der Kommission zur Verfügung.

## Hört sich spannend an...

■ Und macht richtig Spaß! Wir führen Debatten zusammen, die seit Jahrzehnten geführt werden – oft ohne große Resonanz. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass wir uns jetzt Gehör verschaffen können. Durch die erfolgreiche Bewältigung der Finanzkrise haben Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft neue Wertschätzung erhalten. Mitbestimmungsakteure gelten heute als Problemlöser, nicht als Problemmacher. Wir diskutieren heute auch nicht mehr über Deutschland als den kranken Mann Europas, sondern können die Stärken des deutschen Modells in den Mittelpunkt rücken. Ich habe das Gefühl, dass wir jetzt mehr erreichen können, weil die Gewerkschaften mehr gesellschaftliche Durchsetzungskraft haben. ●

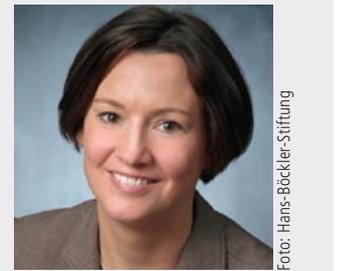


Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Claudia Bogedan, 40, leitet seit vier Jahren die Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Die Sozialwissenschaftlerin ist außerdem für das Referat „Erwerbsarbeit im Wandel“ zuständig und für das wissenschaftliche Sekretariat der Expertenkommission verantwortlich.

## MEHR ZUM THEMA

### Die Kommission

Eine hochrangig besetzte Expertenkommission befasst sich auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung in den nächsten zwei Jahren mit der „Arbeit der Zukunft“. Unter der Leitung des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und der Soziologin Prof. Dr. Kerstin Jürgens von der Universität Kassel werden die 32 Mitglieder der Kommission aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln über Chancen und Risiken angesichts von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel debattieren. Die ExpertInnen kommen aus der Mitbestimmungspraxis, aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sowie aus der Wissenschaft.

www.einblick.dgb.de

### Das Buch

Reiner Hoffmann/Claudia Bogedan (Hrsg.), **Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen – Grenzen setzen**, Frankfurt/M., Campus Verlag 2015.

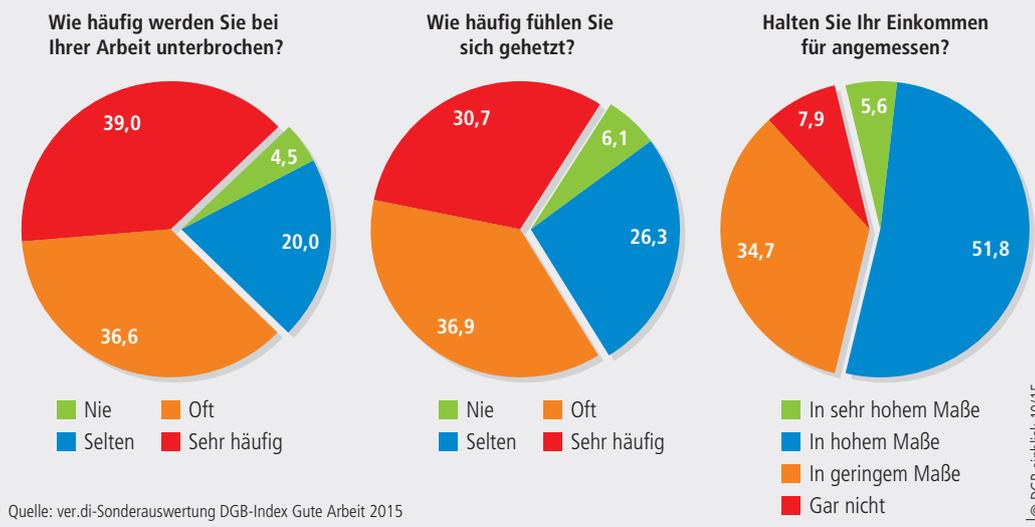
520 Seiten, 29,90 Euro  
Der Sammelband liefert wichtige Impulse für die Debatte um Arbeit und Leben in der Zukunft. Für den DGB-Vorsitzenden steht das Thema ganz oben auf der Agenda. Im Buch beschreibt er in elf Thesen, was gute Arbeit angesichts des rasanten Wandels ausmacht. Mehr als 30 ExpertInnen analysieren die aktuellen Entwicklungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, benennen die Handlungsfelder und skizzieren Lösungsansätze.

● DIE DGB-GRAFIK

Nur rund jede zehnte Führungskraft im Dienstleistungssektor arbeitet unter zufriedenstellenden Bedingungen. Die von ver.di in Auftrag gegebene Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit zeigt, dass der etwas besseren Einkommenssituation der Führungskräfte in vielen Fällen schlechtere Arbeitsbedingungen gegenüber stehen. Die Mehrheit wird „sehr häufig“ oder „oft“ bei der Arbeit unterbrochen. Gut zwei Drittel müssen regelmäßig gehetzt arbeiten. 36 Prozent leisten wöchentlich fünf oder mehr Überstunden.

**Führungskräfte: Mächtig unter Druck**

Angaben von Führungskräften in Dienstleistungsbranchen (in Prozent)



● DAS STEHT AN

+++ Mit einem **Festakt am 20. Mai** in Erfurt erinnert der DGB zum 25-jährigen Jubiläum an den gewerkschaftlichen Neuaufbau in Ostdeutschland.

+++ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung lädt am 28. und 29. Mai nach Berlin zur **Fachtagung „Arbeit in der digitalisierten Welt“** ein. Unter anderem analysieren der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und BDA-Präsident Ingo Kramer aktuelle Entwicklungen in der Arbeitswelt. [www.bit.ly/ftag\\_digi](http://www.bit.ly/ftag_digi)

+++ Am 7. und 8. Juni 2015 tagt unter deutscher Präsidentschaft der **G7-Gipfel** auf Schloss Elmau. Im Mittelpunkt stehen aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklungen sowie zentrale Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Bereits am 27. Mai treffen die **G7-Finanzminister und Notenbankchefs** zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Themen Finanzmarktregulierung sowie Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Ein breites Bündnis von globalisierungskritischen Organisationen lädt im Vorfeld des Gipfels am 3. und 4. Juni nach München zum **„Internationalen Gipfel der Alternativen“** ein. [www.g7germany.de](http://www.g7germany.de) [www.alternativgipfel.org](http://www.alternativgipfel.org)

+++ Zum 104. Mal tagt vom 1. bis zum 15. Juni die **Internationale Arbeitsorganisation (ILO)** in Genf/Schweiz. Im Fokus stehen in diesem Jahr unter anderem Diskussionen über die Arbeitsbedingungen in kleinen und mittleren Unternehmen. [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

● PERSONALIEN

**Markus Hofmann**, 45, ist seit 1. Mai neuer Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war der Diplom-Verwaltungswirt Vorsitzender des Hauptpersonalrates bei der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin. Er folgt **Ingo Nürnberger**, 42, der seit 1. Februar Sozialdezernent der Stadt Bielefeld ist. Nürnberger war insgesamt zwölf Jahre beim DGB-Bundesvorstand tätig.

**Peter Deutschland**, 70, bis 2010 Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord, hat das Bundesverdienstkreuz erhalten. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering (SPD) würdigte vor allem Deutschlands Verdienste beim Aufbau der gewerkschaftlichen Strukturen in Ostdeutschland (s. Seite 3). Deutschland war 1992 erster DGB-Vorsitzender des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, ab 1999 DGB-Bezirksvorsitzender.

● FUNDSACHE

**Kanada im Sicherheitswahn:** Staatliche Vorgaben sehen vor, die rund 250 000 Beschäftigten in Regierungseinrichtungen zu durchleuchten. Ihr Schuldenstand soll ermittelt und Fingerabdrücke sollen genommen werden. Staatsdiener, die sich weigern, verlieren ihren Job. PIPSC, die größte kanadische Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, will die Pläne stoppen: „Fingerabdrücke nimmt man von Kriminellen aber nicht von Beschäftigten“.

● SCHLUSSPUNKT

**„Statt ‚Auf, Brüder, zur Sonne zur Freiheit‘ wäre es verantwortlicher zu sagen: ‚Auf, Brüder, zu mehr Wettbewerbsfähigkeit!‘“**

Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, wünscht sich laut „Rheinischer Post“ vom 30. April 2015 von den Gewerkschaften eine andere Rhetorik.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH  
**GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke  
**Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Bernd Kupilas, Luis Ledesma  
**Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info)  
**Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de)  
**Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin  
**Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: [abo@graewis.de](mailto:abo@graewis.de)  
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

### Hartz IV

## Hilfebedürftigkeit ist nachzuweisen

Wer seine Vermögensverhältnisse nicht offenlegt, kann nicht erfolgreich beim Gericht die Gewährung von Hartz-IV-Leistungen durchsetzen. Das gilt auch für das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes.

**Der Fall:** Der Antragsteller ist selbstständig und gibt an, in seinem Unternehmen keinen Gewinn zu erzielen. Erstmals hatte er im August 2013 Grundsicherungsleistungen beantragt. Da er zu diesem Zeitpunkt noch Eigentümer eines Einfamilienhauses war, wurde der Antrag abgelehnt. In der Folgezeit verkaufte der Antragsteller das Haus für 45 000 Euro. Im März 2014 beantragte er erneut die Gewährung von Leistungen. Er gab unter anderem an, er habe sich aus dem Erlös des Hausverkaufs ein Auto gekauft, Schulden bezahlt und die Kosten eines Urlaubs auf den Philippinen bestritten. Er habe auf den Philippinen geheiratet, die Hochzeit und die Hochzeitsreise finanziert. Inzwischen habe er wieder Schulden und stehe mit drei Monatsmieten im Rückstand. Sein Antrag hatte keinen Erfolg.

**Das Landesarbeitsgericht:** Der Antragsteller hat eine Hilfebedürftigkeit nicht glaubhaft gemacht. Das Jobcenter ist nicht verpflichtet, dem Antragsteller vorläufig (d.h. für die Zeit des laufenden Klageverfahrens – sog. Hauptsacheverfahren) Leistungen zu gewähren. Im Hauptsacheverfahren kommt eine für den Antragsteller positive Entscheidung nur in Betracht, wenn er seine wirtschaftlichen Verhältnisse lückenlos offenlegt. Sollte sich hieraus eine Hilfebedürftigkeit ergeben, so ist zu prüfen, ob der Antragsteller diese Hilfebedürftigkeit durch sozialwidriges Verhalten (hier: Verwendung des Hauserlöses für zwei Asienreisen innerhalb weniger Monate; Finanzierung der Flitterwochen in einem Holiday-Resort auf den Philippinen) herbeigeführt und deshalb zum Ersatz der zu gewährenden Leistungen verpflichtet ist.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,  
Beschluss vom 12. Januar 2015 - L 11 AS 1310/14 B ER**

### Abmahnung vor Kündigung

## Trotz Beleidigung keine Entlassung

Wer seinen Chef einen Psychopathen oder Irren nennt, dem droht nicht zwangsläufig die Kündigung.

**Der Fall:** Der Arbeitnehmer hatte eine Auseinandersetzung mit seinem Vorgesetzten. Das Gespräch war eskaliert und endete damit, dass der Vorgesetzte den Arbeitnehmer aus dem Zimmer warf. Am nächsten Tag, beim Rauchen im Kollegenkreis, nannte der Arbeitnehmer seinen Chef nicht nur „Psychopath“, sondern auch „Arschloch“. Außerdem sagte er, „der gehört eingesperrt“, „der ist irre“ und „der wird sich wundern“. Diese Äußerungen wurden dem Arbeitgeber zuge tragen, der darauf hin eine fristlose Kündigung aussprach. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

**Das Landesarbeitsgericht:** Eine außerordentliche Kündigung aus einem wichtigen Grund ist nicht gerechtfertigt und trotz der groben Beleidigungen nach den Umständen des Falls unverhältnismäßig. Der Arbeitnehmer hat darauf vertrauen können, dass seine Rede im Rauchercontainer nicht nach außen dringt und der Betriebsfrieden damit nicht verletzt wird. Auch eine fristgerechte Kündigung ist nicht durch Gründe im Verhalten des Arbeitnehmers sozial gerechtfertigt. Abmahnung und Versetzung wären geeigneter gewesen.

**Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 24. Juli 2014 - 5 Sa 55/14**

### Arbeitsschutz

## Mitbestimmung bei Gesundheitsgefahr

Die Mitbestimmung des Betriebsrats nach den Generalklauseln des Arbeitsschutzgesetzes setzt voraus, dass eine objektive Gesundheitsgefahr vorliegt oder sich konkreter Handlungsbedarf aus einer Gefährdungsbeurteilung ergibt.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,  
Beschluss vom 25. Februar 2015 - 23 TaBV 1448/14**

### Gewerkschaftszugehörigkeit

## Frage nach Mitgliedschaft unzulässig

Verlangt ein Arbeitgeber während laufender Tarifvertragsverhandlungen von seinen ArbeitnehmerInnen Auskunft darüber, ob sie einer bestimmten Gewerkschaft angehören, kann dies die Koalitionsfreiheit der betroffenen Gewerkschaft unzulässig einschränken.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 18. November 2014 - 1 AZR 257/13**

### Gewerkschaftseigenschaft

## NAG ist keine Gewerkschaft

Die Ende 2010 gegründete Neue Assekuranz Gewerkschaft e.V. (NAG) ist keine tariffähige Gewerkschaft. Die Organisation ist derzeit nicht mächtig genug, Tarifforderungen im Versicherungsgewerbe durchzusetzen.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 9. April 2015 - 9 TaBV 225/14**

### Leiharbeit

## Busfahrer hat Anspruch auf Übernahme

Verträge zur Überlassung von LeiharbeiterInnen zwischen Verleiher und Entleiher sind unwirksam, wenn der Verleiher nicht die erforderliche staatliche Erlaubnis zur Überlassung von ArbeitnehmerInnen hat. Die Rechtsfolge ist, dass kraft Gesetzes ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Entleiher und den LeiharbeiterInnen als zustande gekommen gilt. Ein Busunternehmen, das seine BusfahrerInnen ausschließlich einem anderen Betrieb zur Verfügung stellt, ist Verleiher im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Liegt keine Verleiherlaubnis vor, können befristet beschäftigte BusfahrerInnen Anspruch auf Übernahme durch den Entleiher haben.

**Arbeitsgericht Osnabrück,  
Urteil vom 17. März 2015 - 1 Ca 174/14**

### Eingliederungsmanagement

## Kein Rechtsbeistand dabei

ArbeitnehmerInnen haben keinen Anspruch auf Hinzuziehung eines Rechtsbeistandes zu Gesprächen im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Das Gesetz sieht mit Zustimmung des Arbeitnehmers ausdrücklich nur die Einbeziehung der zuständigen Interessenvertretung (Betriebsrat oder Personalrat) und bei schwerbehinderten Menschen außerdem der Schwerbehindertenvertretung vor.

**Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 18. Dezember 2014 - 5 Sa 518/14**